

Sächsische Zeitung

vorm. im G. Schwelb'schen Verlage. (Sächsischer Courier.)

Intentionen
für die fünfjährlige
Zeit oder deren Raum
für alle u. Rep. Bez.
Preis pro Quart. 15 Pf.,
sonst 18 Pf.
Kleinanzeigen am Schluss
des redactionellen Theils
pro Zeile 40 Pf.

Nummer 75.

Salle, Mittwoch, 30. März 1887.
(Ausgegeben am 29. März Vormittags.)

179. Jahrgang.

Zur ersten Ausgabe gehören als Beilagen der Roman von Reinhold Dittmann 'Die von Dörfenau', Seite 65-68, sowie die Parlamentsbeilage (Verhandlungen des Reichstags vom 28. d. M.).

Salle, den 29. März.

Der Reichstag

hat gestern die erste Periode seiner Session beendet. Er kann auf die vierthals Wochen, die er versammelt gewesen, mit Befriedigung zurückblicken. Niemand, sagt die Rationalliberale Correspondenz, ist wohl in so kurzer Frist so viel geleistet worden. Man braucht nur an das Militärgesetz und an die vollständige Durchberatung des Etats zu erinnern. Daneben sind die Gesetzentwürfe über die Erweiterung der Unfallversicherung, über den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen, über die Verjüngung der Hinterbliebenen von Militärpersonen, über den Verkehr mit Staatsbürger, ferner die aus dem Hause hervorgegangenen Anträge zum Arbeiterchutz und zum Zinnsenkungen in der ersten Lesung beraten und in Commissionen verworfen worden. In der Erzielung erfreulicher Resultate ergab sich, wie beim Militärgesetz, der Weinsteuer Angelegenheit u. a. m., wie auch in der ganzen Sache und glatten, das Ziel ins Auge fassenden Geschäftshandlung hat sich die günstige Zusammenlegung des Reichstags fundgegeben, die Schwächung derjenigen Parteien, welche an die Stelle praktischer sachlicher Arbeit unfruchtbarer Agitation und Demonstration zu legen und die Verfrächtigung mit der Reichsregierung über die wichtigsten Heftfragen zu hinterziehen bestritten waren. Unter der Fahne der „nationalen Wehrpflicht“, die jetzt wieder über dem Parlament aufgeblasen worden, ist auch der ganze Geist und Charakter des Reichstags ein anderer geworden, und damit wird auch das Ansehen dieser Körperschaft, die in der Nation beherzigt sich zu schmeißen begierig hat, wiederkehren. Bei jedem Wiederauftreten nach Ostern wird der Reichstag vor große Aufgaben gestellt stehen. Außer der Wehrpflicht der begonnenern Arbeiten wird er voraussichtlich eine die Organisation der Reichslande abändernde Gesetzgebung und jodann die Steuerfrage zu beraten haben. Kammerlich an letzteren Gegenstand wird man ja nicht ohne große Begehrigkeit herantreten können. Eine Verthändigung über die Steuerreform geht aber zu den dringendsten und wichtigsten Aufgaben der Reichspolitik; die Notwendigkeit rascher Lösung dieser Aufgabe wird von der neuen Reichstagsmehrheit in vollstem Umfang anerkannt, und wir hegen darum das Vertrauen, daß unter den Leistungen dieser Reichstagsmehrheit sich auch die befriedigende Erledigung der Steuerfrage befinden wird.

Friedensabstufung zwischen Preußen und der Kurie.

Die Kölnische Zeitung bringt folgende am 27. März stattgehabte Unterredung ihres Berichterstatters mit dem päpstlichen Abg. Mgr. Galimberti: Berlin, 27. März. Im Verlauf einer längeren Unterredung, die ich heute mit dem päpstlichen Abgeordneten Mgr. Galimberti hatte, wurde ich von demselben ermahnt, die Erklärung zu veröffentlichen, daß nach Ansicht des heiligen Stuhles mit der Annahme der jetzigen kirchenpolitischen Novellen die Verbindung des Kaiserthums und der erdachtigen Abstufung des Friedens zwischen der Kurie und der preussischen Regierung sich vollziehe. Durch die neuen Gesetze der katholischen Kirche in Preußen alle wesentlichen Bedingungen gegeben, die für die Freiheit und Unabhängigkeit und die Befreiung der Kirche von der staatlichen Bevormundung seien. Selbstredend ist damit nicht gesagt, daß nimmerdar die Gesetgebung auch sämtliche kleinere Wünsche erfüllt wären, die für die Entfaltung der kirchlichen Interessen zu hegen liegen. Nicht einmal in katholischen Ländern wie in Belgien, Frankreich u. a. seien alle solche Wünsche erfüllt. Aber die Hauptfrage ist, daß alle wichtigen und grundlegenden Punkte der Kirche eingeräumt seien — sogar in höherem Grade, als man habe erwarten können —, daß damit auch der Grund zur gegenseitigen Verständigung weggefallen ist und daß für alle weiteren Fortschritte, die sich zu Gunsten der Kirche ermitteln könnten, nicht mehr der Weg des gegenseitigen Verständnisses, sondern der freundlichen diplomatischen Verständigung sich ergebe. Diese neue Lage werde sich auch hinsichtlich der Beziehung der Kirche zu den weltlichen Mächten und in der Weise geltend machen. Denn es sei naturgemäß, daß die Erfüllung aller solchen kleineren Wünsche, wie er sie in Sinne habe, sich um so länger verzögern werde, je weniger sich die Erhaltung eines freundlichen Verhältnisses zwischen dem Centrum und Regierung vermagere. Herr Galimberti erklärte wiederholt, daß die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der preussischen Regierung die allerbesten seien, wie schon die Auffassung seiner Beziehung zur Kaiserlichen Geburtsstages Kaiser Wilhelm's beweise. Die preussische Regierung liege auf Grund der erzielten gegenseitigen Verständigung und des wechselseitigen Vertrauens überaus loyal verfahren, und der päpstliche Stuhl habe auch das Vertrauen, daß dieses freundschaftliche Zusammengehen von Dauer sein werde. Herr Galimberti hat während jenes tiefen Aufenthaltes wiederholt Gelegenheit gehabt, mit den Führern des Centrum's einzugehen die gegenwärtige kirchenpolitische Lage zu besprechen und ihnen die Auffassung seiner Beziehung zur Kaiserlichen Regierung zu offenbaren, die er in allen Kreisen eine überaus liebenswürdige und entgegenkommende Aufnahme gefunden hat, nach dem zurück.

Politische Mittheilungen.

Der Kaiser hat sich von seinem Unwohlsein fast gänzlich wieder erholt und daher gestern Vormittag das

Vett verlassen können. Die Unterleibsbeschwerden haben, wie berichtet wird, gänzlich aufgehört, nur die Entzündung des linken Auges, die aber nach ärztlichem Rathspruch nichts Bedenklisches darbietet, dauert einwirken noch fort. Der Kaiser nahm auch bereits den Vortrag des Chefs des Civilcabinet's entgegen und hatte eine Besprechung mit dem Geh. Hofrath Vort.

In der getrigen Sitzung der Unfallcommission des Reichstags wurde § 3 des Gesetzes betreffend die Versicherung der Bauarbeiter in folgender von dem Abg. Dr. Emmerichs beantragte Fassung angenommen: Als Betriebsunternehmer im Sinne dieses Gesetzes gilt: 1) der Bauarbeiter, welche in einem gewerbsmäßigen Vauubetriebe ausgeübt werden, der Baugewerbetreibende, 2) im übrigen der Bauherr. Die vom Abg. Strackmann beantragte Fassung: Als Betriebsunternehmer im Sinne dieses Gesetzes gilt: 1) der Bauarbeiter, welche in einem gewerbsmäßigen Vauubetriebe ausgeübt werden, der Baugewerbetreibende als Unternehmer bezeichnet, welcher regelmäßig Arbeiter oder Betriebsbeamte bei der Ausführung von Bauarbeiten beschäftigt.

In der ersten Sitzung der Commission des Herrenhauses zur Vorberatung des Antrages v. Kleist-Regow, betreffend die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche, waren, nach der „R. B. Ztg.“ Vertreter nicht erschienen. Es fand eine längere General-Diskussion statt. Die zweite Sitzung ist für heute Abend anberaumt.

Das neue Branntweinsteuergesetz ist, dem „B. Z.“ zufolge, fertig. Nach parlamentarischen Informationen der bairischen Pressen hat Minister von Scholz seinen neuen Entwurf dem Reichskanzler bereits vorgelegt.

Der Prinz und die Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein werden noch einige Zeit in Berlin verbleiben, um der am 5. April stattfindenden Konfirmation der beiden jüngsten preussischen Töchter, der Prinzessinnen Sophie und Margarethe, beizuwohnen.

Der Prinz-Regent von Bayern hat mit Rücksicht auf den bevorstehenden Geburtstag des Königs Otto angedeutet, daß der seitlichen in Anb. von räumlichen Verhältnissen für den König ausbleiben lie.

Die Wittelung, Herr von Radowitz sei zum Nachfolger des Herrn von Ruedell an dem Votchscherposten im Quirinal befristet, wird offiziell als unzutreffend bezeichnet.

Mgr. Galimberti traf gestern Vormittag von Berlin in München ein, wurde auf dem Bahnhof von dem Kammerling Pietro empfangen und reiste alsbald nach Rom weiter. — Der Papst hat Monsignore Galimberti die Genehmigung erteilt, das ihm vom deutschen Kaiser verliehene Großkreuz des Rothem Adler-Ordens anzunehmen.

Die Stadt Kiel brachte am 23. Abends dem Prinzen Heinrich einen Fackelzug, an welchem sich 2500 Fackelträger mit 10 Musikcorps beteiligten. Auf die Anträge des Oberbürgermeisters, in welcher derselbe dem Prinzen anlässlich dessen Verlobung die Glückwünsche der Stadt aussprach, dankte der Prinz in bewegten Worten und schloß mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Die deutsche Regierung soll der französischen ihren Dank für die Glückwünsche zum Geburtstag des Kaisers ausgedrückt haben.

Wie aus London gemeldet wird, erklärte dort bei der Konsekration des neu ernannten Bischofs von Jerusalem, Dr. Wüth, der Todestod von Aethiopien im Laufe seiner Predigt, daß die deutsche Regierung, da sie ihre jährliche Zahlung für den Unterhalt des Bisthums eingestellt habe, ihr Recht auf die abwesende Ernennung des Bischofs von Jerusalem eingestrichelt habe. Von jetzt ab liege die Ernennung des jeweiligen Bischofs in der Händen der Erzdiöcese von Canterbury und York und des Bischofs von London.

Pariser Ausstellung. Gegenüber einer angeblich Berlin-Korrespondenz des Pariser „Figaro“, nach welcher die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Ausstellung in Paris im Jahre 1889 in sicherer Aussicht stünde, können die offiziellen Berl. Polit. Nachr. ihre neuliche Mittheilung, daß weder für die deutsche Industrie noch für die deutsche Kunst eine Theilnahme ins Auge gefaßt ist, aufrecht halten. „Was aber die Meinung der „Republique française“ betrifft, wonach die deutsche Regierung die diesjährigen Handels- und Gewerbetreibenden wahrscheinlich volle Freiheit lassen werde, sich auf eigenes Risiko an der Ausstellung zu beteiligen, so können wir versichern, daß unsere Industriellen keinerlei Neigung verspüren, auf eigene Hand an der Pariser Ausstellung Theil zu nehmen.“

Die Nationalliberalen hielten, wie schon gemeldet, zu Ehren des Herrn Oneist noch eine Festfeier ab, an der auch konervative Abgeordnete, u. a. Herr v. Rauchhaupt und v. Zedlitz, Theil nahmen. Die nationalliberale Partei überreichte eine Adresse. Prof. Oneist sagte in seiner Antwort u. a.:

„In dem letzten Jahrzehnt sind endlich die gesellschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter-, Handels- und Industrieinteressen, die Gegensätze von Kapital und Arbeit, die kirchlichen Gegensätze und andere, welche das deutsche Volkleben in sich trägt, ungefahr so in Wirksamkeit getreten, wie ich sie in meinen Vorlesungen der jüngsten Jahre darzulegen versucht hatte. Ich habe mich in der Zeitfolge des Eintretens gefreut, weil sie durch die größten weltlichen Gesetze übertritten und aufgehoben waren — zum Segen Deutschlands, wie wir heute freudig anerkennen müssen. Aber die lebensfähige Gestalt unserer heutigen Verfassung wird die allmähliche Ueberwindung derselben ermöglichen, die weder der Absolutismus noch die Demokratie überwinden können. Die monarchisch-constitutionelle Verfassung allein befähigt die für die deutschen Verhältnisse dazu

nöthige Kraft. Nicht unsere Parteien halten die Monarchie, sondern die Monarchie hat bei uns die liberalen und konserverbilen Parteien zu leiten und zu führen, um die noch vorhandenen intransigenten Gegensätze zu überwinden. Wir als Partei sind in der glücklichen Lage, die nationalen Aufgaben zu vertreten, welche Lebensbedingung des heutigen Reichs geworden sind, die liberale Richtung, welche das Lebenselement der neuzeitlichen Gesellschaft darstellt. Darum lassen Sie uns vertrauen der Monarchie, die uns in entscheidenden Momenten treu richtig leitet, dem Volksgel, der im entscheidenden Moment doch das Rechte gemolrt, der Forderung, deren Dank sichtbar und grandia über uns gemolrt hat, und erhalten Sie mit mir das nachdrückliche Wohlwollen für mein Wirken im Dienst des Vaterlandes und der Partei. Wenn der Reichstag des Interimvertrages mit zurückhaltend beizulegen, so beruht dies nicht auf einem Mangel an Eifer und gutem Willen, sondern auf dem Mangel vor der Notwendigkeit einer feineren Parteibildung, ohne welche die vorstimmige Thätigkeit im Parlamentarischen unmöglich ist.“

Dr. Miquel begründete dann in einem Trinkspruch die Gäste aus dem beiden konserverbilen Fraktionen, in deren Namen Herr v. Rauchhaupt antwortete.

Ceteris Hungarn. Der Kaiser hat dem Ministerpräsidenten, Grafen Taaffe, das Großkreuz des Stefanordens, dem Finanzminister Damjanewitsch das Großkreuz des Leopoldordens und dem Unterrichtsminister Gauthier den Orden der Ehrenlegion als Krone erster Klasse verliehen. Das Herrenhaus nahm die Vantvorlagen in zweiter und dritter Lesung unter Wiederbestätigung des Baustatut-Artikels, wonach die Gemeintheilung erst bei 7% eintritt, an. Graf Leo Thun sprach gegen die in Staatsverträgen und Verträgen angewendete Formel „österreichisch-ungarische Monarchie“, wogegen der Ministerpräsident Graf Taaffe die Rechtsaltigkeit dieser Formel darlegte.

Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm die Militärverordnungs-Novelle als Basis zur Zusatzdebatte an.

Die Studenten in Pest lekten es durch, daß das Verbot, eine Verammlung zur Verpredung der Erklärung des Honvedministers, Baron Fejervary, über den Verkehr der deutschen Sprache in der Armee unter freiem Himmel abzuhalten, aufgehoben wurde. Am Sonnabend Nachmittag wurde schnell eine Einladung zu der Verammlung in heftiger Sprache veröffentlicht. Es hieß darin, daß der Honvedminister nach seinen eigenen Worten nicht nur nicht wage die Ablegung der Offiziersprüfung in ungarischer Sprache zu beantragen, sondern auch leugnete, daß ohne die Kenntniß der deutschen Sprache gebildete Offiziere in Ungarn denkbar wären. Gegen solche Äußerungen müsse die ungarische Jugend, die im Eintreten mit der Stimmung des Landes schon monden Erfolg erlangen, Widerspruch erheben, damit künftighin ungarischer Minister solche Äußerungen thue und die Janszky's nicht wieder Hengy's Grab zu betranken wagen. Die Verammlung am Sonntag stattgefunden, so meldet die „B. Z.“, etwa 800 Studenten hielten eine Verammlung ab und beschloßen, dem Reichstage eine Petition zu überreichen, damit derselbe die ungarische Kommandosprache bei den ungarischen Regimenten durchführe. Ein Student deklamierte ein „Schwarz-Welt“ betiteltes Gedicht, das seines aufreizenden Inhalts wegen von der Polizei beschlagnahmt wurde. Die Verammlung zerstreute sich in Ruhe.

Wahlbestimmungen. Unterhaus. Der erste Vorred des Schach's Stuhl, erklärte, er könne über die Differenzen des Unterhauses noch nichts Bestimmtes sagen. So nöthig die Herren auch seien, so müsse doch zuvor die zweite Lesung der irischen Strafverordnungs-Novelle beendet werden, aus welcher die Regierung eine Lebensfrage mache. Der Staatssekretär für Irland, Walslow, beantragte hierauf die erste Lesung der Strafverordnungs-Novelle.

Inhalt. Forderungen. „Selbst in diplomatischen Kreisen“, schreibt der Correspondent der „Daily News“ in St. Petersburg, „geht das Gerücht, daß die während der letzten Woche Verhafteten in den Gefangnissen gelostet werden. Dennoch glaube ich, daß diese Gerüchte unbegründet sind. Advoakaten, welche während der letzten 5 oder 6 Jahre die politischen Gefangenen besucht haben und welchen es frei hand, mit ihnen in der Fesslung zu sprechen, haben mir erzählt, daß die politischen Verbrecher immer mit ihrer Verhandlung zufrieden gewesen sind. Irdisch, letzten die Advoakaten hinzu, sie möchten nicht für das einstehen, was geschehen möge, nachdem die Gefangenen einmal zum Tode urtheilt wären. Ein russischer Minister, welchen ich darüber befragte, theilte mir mit, daß die Gefangenen vor ihrem Prozeß gut behandelt würden, jedoch sei das, was die zum Tode Verurtheilten in den Zellen zu erdulden haben, viel schlimmer als der Tod. Mehrere Offiziere sind unter einer Kofakensforte in die Fesslung abgeführt worden.“

Wiederstand. Die zweite Kammer nahm bei der Beratung des Gegenwurris über die Aenderung der Verfassung entgegen dem bestimmten Wunsch der Regierung den Artikel betreffend eine adrevertiale Organisation der ersten Kammer an. Der Minister des Innern, Weismert, stellte hierauf den Antrag, die Diskussion entwerfen zu laubenden.

Italien. Das Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht einen Bericht des Generals Gené an den Grafen Robilant, aus welchem hervorgeht, daß Ersterer Ras Asula 800 Gemeindefreie übergeben habe, in der Hoffnung, hierdurch die Expedition Galimberti befreien zu können. Die Mitglieder der Expedition hätten erklärt, Ras Asula habe beizuhören, sie freizulassen, wenn Gené das von ihm Verlangte übergeben würde. Aus den Erklärungen Bionas, eines Mitgliedes der Expedition, geht hervor, daß Ras Asula vor seinen Unterfeldherren verurteilt habe, der Regus mißbillige sein Verhalten und wünsche Frieden um jeden Preis, gleich wie er (Ras Asula) selbst; auch fürchteten sich nach Aussage Bionas die Abwesenden Fährer vor einem Kriege mit Italien; insbesondere besorge Ras Asula, daß der König von Sardinien, Sardinien, mit den Italienern sich vereinige.

im Reichstag viel mehr Sachkenntnis vorhanden ist, als im Staatsrath. Daß die Einrichtung der Postsparkassen im Auslande besteht, weiß ich wohl. Aber wir sollen doch diese Einrichtungen des Auslandes nicht übersehen, ander, um die das Auslande uns beneidet, nicht unterlassen. Kein Land hat so entwickelte Kommunalverwaltung wie Deutschland, darauf können wir stolz sein. Hätte man in Frankreich und England eine solche Kommunalverwaltung, dann davon bin ich überzeugt, wäre man nicht zu Postsparkassen gekommen. Es ist nun eine Lösung zu glauben, daß sich bei den Postsparkassen eine Decentralisation ermöglichen lasse. Man muß entweder die Centralisation mit ihren Nachtheilen nehmen, oder auf beides verzichten. Daß die Anlage des Geldes eine schematische und Isolationen habe, darüber darf man sich nicht täuschen. Die kleinen Landwirthe würden bei den Postsparkassen schlecht fortkommen; man würde das Geld in großen städtischen Hypotheken anlegen. Die Aenderung des Abg. Graf Dehr hat gezeigt, daß das damalige Postsparkassengesetz nicht bloß in seiner Partei und im Centrum, welche damals geschlossen dagegen gestimmt haben, sondern auch innerhalb der anderen Parteien noch heute grundsätzliche Bekämpfung findet. Etwas anderes wäre es, wenn die Post nur als Agent für die bestehenden Sparkassen dienen sollte, und ich glaube, daß Staatssecretär Stephan viel eher Zustimmung finden würde, wenn er anfing auf der Grundlage der damaligen verfehlten Vorlage in der vom Abg. Strackmann beschriebenen Richtung andere Ermüdungen anstellen würde.

Abg. Dr. Windthorst: Anders wäre die Sache, wenn ein Gesetz uns im Augenblick vorläge; das ist jetzt nicht der Fall. Der Herr Graf Dehr hat mich misverstanden, wenn er glaubt, daß ich ein solches Gesetz wünsche. Ich wünsche es gar nicht, weil mir auf dem Prinzip der Kommunalverwaltung des Sparkassenwesens stehen bleiben müssen. Mit den Postsparkassen würde sich das Geld aus allen Theilen des Reiches auf den Kopf konzentriren. Es hat aber keinen Zweck, einem Geleze Widerspruch entgegenzusetzen, das ich noch gar nicht kenne. Es scheint mir überhaupt, als ob die ganze Anregung eine abgemachte Sache sei, als ob man die Regierung auffordern wollte, das Gesetz wieder vorzulegen.

Abg. Dr. v. Frege (cont.): Ich freue mich, daß ich hierin mit Abg. Richter übereinstimme. Die Postverwaltung hat es bei

der vorigen Vorlage nicht vermocht, die schwerwiegenden Bedenken gegen die Postsparkassen zu beseitigen. Besonders mit Rücksicht auf das hochentwickelte Kommunalparcassenwesen in Sachsen möchte ich eine neue Vorlage ablehnen. Die kleinen Landwirthe können überzeugt sein, daß wir ebenfalls für ihre Interessen eintreten wie der Abg. Richter. Bedenklich wird der Bundesrath dieselben Bedenken gegen die Postsparkassen haben und die Vorlage nicht wieder einbringen; wir würden sie ablehnen.

Abg. Dr. Strackmann: Wenn der Abg. Windthorst von der Ansicht ausgeht, von meiner Seite sei die Sache angeregt, um das Postsparkassengesetz von Neuem vorlegen zu lassen, so ist er im Irrthum befangen. Ich habe deutlich zu erkennen gegeben, daß ich meinerseits das Ziel wünsche, möglichst viele Wege zu eröffnen für die kleinen Leute, ihre Ersparnisse bequemer, sicher und fruchtbarer Weise niederzulagern; daß ich aber, wenn ich dieses Ziel wünsche, mit dem damals eingeschlagenen Wege nicht einverstanden bin. Ich bin auch heute noch nicht damit einverstanden, habe aber geglaubt, auf einen anderen Weg hinweisen zu müssen, von dem ich glaube, daß er viel leichter zur Durchführung gelangen könnte, da bei ihm die prinzipiellen Bedenken, die damals gemacht worden sind, hinwegfallen. Mir ist es lediglich darum zu thun gewesen, diesen Weg anzudeuten, und ich hoffe, daß die Postverwaltung Anlaß nehmen wird, zu untersuchen, ob auf diesem Wege fortzuschreiten wäre. Der Herr Staatssecretär würde sich dadurch ein neues großes Verdienst um die Postverwaltung erwerben.

Der Specialrat wird bewilligt.
Beim Etat der Eisenbahnverwaltung weist Abg. Vormann (Reichspartei) gegenüber den vorherigen Ausführungen des Abg. Bingen darauf hin, daß bei den Reichseisenbahnen jetzt schon Bestimmungen bestehen, welche es den Beamten ermöglichen, mindestens alle 14 Tage am Gottesdienst theilzunehmen.

Der Specialrat wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats, die Etatsgesetze und das Anleihegesetz. Damit ist die Staatsberatung beendet.

Der Etat balancirt darnach in Einnahme und Ausgabe mit 745 207 436 Mk. Der durch die Anleihe aufzubringende Restbetrag befreit sich auf 45 732 485 Mk.

In der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Als zweiter Gegenstand steht auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidiums für den Rest der Session.

Abg. Dr. Windthorst (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, daß wir die Geschäfte jetzt in möglichst kurzer Abmache. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir die Wahl des bestehenden Präsidiums per Affirmation ohne weiteres vornehmen und ich stelle den Antrag. (Beifall.)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; der Präsident von Webell konstatirt, daß das bisherige Präsidium damit wiedergewählt sei.

Präsident v. Webell-Wiedorf: Ich nehme meinerseits diese Wahl mit Dank für die mir dadurch zu Theil gewordene Ehre an. Ich werde mich ferner bemühen, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, und indem ich Ihnen für die bisher mit so gütig gewährte Unterstützung den wärmsten Dank sage, bitte ich, mir diese Unterstützung auch fernerhin zu gewähren.

Erster Vicepräsident Dr. Buhl: Ich nehme die Wahl dankend an und bitte um Ihre gütige Rücksicht bei der Leitung der Geschäfte.

Zweiter Vicepräsident Herr. von Unruhe-Bonst: Ich nehme die Wahl dankend an.

Nächste Sitzung: Dienstag, 19. April, Nachmittags 2 Uhr. (Rechnungsbericht der preussischen und holländischen Regierung bezüglich der Verkündung des neuen Belagerungsauftrages über Stettin und Ostend; Antrag Singer und Gen. betreffend Wiederverlegung der wegen Auflösung des vorigen Reichstages nicht zur Erledigung gelangten Reichstagsberichte.)
Schluß 1 1/2 Uhr.

Verlag der Aktiengesellschaft Hallische Zeitung.